

„Es läuft in Berlin, aber...

...wird die Stadt auch an allen Stellen gut gemanagt?" Das fragte sich die CDU-Fraktion auf ihrer jüngsten Klausurtagung.

„Die Koalition aus CDU und SPD hat nach dreieinhalb Jahren gemeinsamer Verantwortung eine sehr gute Bilanz vorzuweisen: keine neuen Schulden, dafür 1,3 Mrd. Schulden getilgt, ein bundesweit überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze. Berlin ist eine pulsierende Metropole im Herzen Europas. Knapp 3,5 Mio. Einwohner hat die Stadt heute. Prognosen sagen voraus, dass bis zum Jahr 2030 die Stadtbevölkerung um weitere 250.000 Menschen wächst. Die Stadt entwickelt sich positiv, sie hat eine große Anziehungskraft. Es läuft also!“, stellt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Florian Graf fest.

„Aber“, so fragt er, „funktioniert auch alles so reibungslos, wie es könnte? Wird die Stadt an allen Stellen gut gemanagt? Wie gut ist unsere Stadt aufgestellt, wenn es um die alltäglichen Probleme geht? In den Bürgerämtern, bei der Verkehrslenkung oder auch bei der Sauberkeit? Hier ist ‚noch Luft nach oben‘. Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, die Schnittstellen enger zu verzahnen, das Stadtmanagement verbessern. Es geht um Effizienz, Effektivität und Schnelligkeit. Berlin hat weniger stark ein Erkenntnis-, als ein Umsetzungsdefizit.“

Und das will die CDU: „Deshalb wollen wir mehr Personal dort, wo Bürgerinnen und Bürger Verwaltung kontaktieren: auf dem Bürgeramt, in Schulen aber auch bei Polizei und Feuerwehr. Wir brauchen eine Digitale Agenda für Berlin – weg vom Aktenwagen, hin zur e-Akte: schnell, unkompliziert und sicher. Staus und lähmende Verkehrslenkung müssen der Vergangenheit angehören: bessere Verkehrssteuerung und Baustellenkoordination sind das Ziel. Sauberkeit geht uns alle an: Wer Dreckecken, Verwahrlosung oder Zerstörung sieht, informiert Grünflächenämter und zuständige Behörden, Bei der Sauberkeit sind wir auch bereit, neue Wege zu gehen.

So kann Berlin bleiben, was es ist: lebens- und lebenswert. Für eine schnellere Verwaltung, echte Verkehrssteuerung und mehr Sauberkeit hat die CDU-Fraktion Berlin Maßnahmenpakete beschlossen, die wir jetzt umgesetzt wissen wollen.“

Der Text des Beschlusses der CDU-Fraktion ist im Wesentlichen eine Art „Offener Brief“ mit Handlungsanweisungen an Stadtentwicklungs-, Bau-, Verkehrs- und Umweltsenator Andreas Geisel (SPD). Es ist immer pikant, wenn sich der Koalitionspartner Gedanken um die Ressorts der anderen macht. Vielleicht gibt es demnächst eine Klausur der SPD-Fraktion, auf der diese Ideen zur Verbesserung der Gesundheits-, Sozial-, Innen-, Sport-, Wirtschafts- und Justizpolitik entwickelt, oder fand die schon statt?

Wir wollen Ihnen natürlich die Überlegungen der CDU-Fraktion nicht vorenthalten:

In der Zusammenfassung des Beschlusses der CDU-Fraktion vom 30. Mai 2015 heißt es:

Lebenssituation verbessert.

Die Auswirkungen des eingeleiteten Paradigmenwechsels verbessern die Lebenssituation in der Stadt ganz konkret. Dem Dreiklang aus Stärkung der Wirtschaft, Festigung der Sicherheit und einer ideologiefreien Bildungspolitik bleibt die CDU-Fraktion Berlin auch weiterhin verpflichtet.

Handfest und konkret.

Zwar verbessert sich die Situation für die Stadt, die Berlinerinnen und Berliner ärgern sich in ihrem Alltag über viele Missstände, über handfeste Themen, die in der Stadt nicht schnell oder gut genug umgesetzt werden. Berlin braucht (noch) mehr Effizienz, Effektivität, Schnelligkeit und kreative Offenheit.

Besseres Stadtmanagement.

Die Schnittstellen sind besser zu managen, denn in Berlin besteht weniger stark ein Erkenntnisproblem als leider häufig genug ein Umsetzungsdefizit.

Verantwortung in Mitverantwortung.

Die Berliner sind eben nicht (nur) Verbraucher der Stadt, wir nehmen sie als Produzenten der Stadt, als Gestalter und Entwickler ernst.

Schnelle Verwaltung, guter Service.

Personal an den Bedarf anpassen. Nach der notwendigen Abkehr vom „Dogma der 100.000“ müssen zusätzliche Stellen insbesondere dort geschaffen werden, wo die Berlinerinnen und Berliner ihre Stadt „hautnah erleben“.

Altersgerechte ÖD-Jobs schaffen.

Die Leistungswilligkeit der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird erhalten und gesteigert; auf deren Erfahrungen wird aufgebaut.

Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen.

Wir benötigen Anreizsysteme für ein neues und modernes Arbeitsklima, eine bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie sowie Pflege.

Führungs- und Unternehmenskultur entwickeln.

Eine Orientierung bestimmter Organisationsverfahren an der Privatwirtschaft kann sinnvoll sein, wie beispielsweise bei einem einheitlichen Personalentwicklungskonzept, einem professionellen Personalmanagement oder elektronischen Weiterbildungsangeboten.

Qualifizierte Fachkräfte.

Berlin braucht eine angemessene und kompetitive Bezahlung in der Berliner Verwaltung. Wir sind erst zufrieden, wenn die Entgeltstrukturen und -höhen in der Berliner Verwaltung als Zeichen der Wertschätzung wieder dem bundesweiten Niveau angepasst werden.

Bürgeramt als Schnittstelle.

Es bedarf einer besseren Organisation und einer bedarfsgerechten Personalplanung der Bürgerämter. Sie sind nicht vorrangig aus der Perspektive der Kosteneffizienz zu betrachten, sondern als Servicedienstleister.

Shared Service.

Die organisatorische Zusammenfassung gewisser (administrativer) Aufgaben fasst verschiedene Ressourcen, die vorher auf mehrere Einheiten verteilt waren, zur gemeinsamen Nutzung zusammen.

Technologiegetriebene Reform der Berliner Verwaltung.

Ab dem Jahr 2016 sind alle neu angeschafften IT-Arbeitsplätze standardisiert. Die Verwaltungsprozesse sind basierend auf den Möglichkeiten, die IT und Software bieten, neu zu denken und medienbruchfrei zu gestalten.

Die E-Akte muss kommen.

Die unzähligen Aktenwagen in der Berliner Verwaltung gehören entsorgt! Denn nur mit der elektronischen Akte (kurz E-Akte) wird die Berliner Verwaltung in die Lage versetzt, einen digitalen, einheitlichen und ganzheitlichen Blick auf die Verwaltungsvorgänge zu haben.

Digitale Verwaltungsangebote weiter ausbauen.

Zu den konkreten Verwaltungsverfahren, die wir auch online anbieten möchten, zählen etwa die An-

und Abmeldung von Kraftfahrzeugen oder die Beantragung von Anwohnerparkausweisen.

Bürgerkonten.

Wir fordern darüber hinaus die Einführung von Bürgerkonten, um eine ganzheitliche und einheitliche Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung sicherzustellen.

E-Government-Gesetz.

Die vor kurzem erfolgte Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfes im Senat ist ein wichtiges und gutes Signal in die richtige Richtung. Diesen werden wir im Interesse einer Stärkung der zentralen Steuerung der Digitalisierung und der IT-Sicherheit überarbeiten. Wir setzen uns auch in diesem Zusammenhang für den konsequenten Ausbau der Open-Data-Initiative ein.

Hausgemachte Probleme bei der Verkehrslenkung.

Bei der Verkehrslenkung Berlin erleben wir, welche schweren Folgen sich vor Ort ergeben, wenn die Schnittstellen verschiedener staatlicher Institutionen nicht reibungslos ineinandergreifen.

Evaluation.

11 Jahre nach Gründung muss die Verkehrslenkung Berlin in ihrer organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung überprüft werden. Eine solche Evaluation würdigt Abläufe und Aufgaben kritisch, berücksichtigt aber auch Bestenvergleiche mit anderen Städten.

Neues Selbstbild.

Ein Paradigmenwechsel bei der Verkehrslenkung ist notwendig: von einer Genehmigungsbehörde zum Dienstleister.

Personalkonzept.

Die Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt sind der geeignete aber auch späteste Zeitpunkt, um die Personalausstattung der VLB und der Tiefbauämter der Bezirke bedarfsgerecht auszugestalten.

Aufgabenkritik.

Viele kleinteilige Projekte der zentralen Einheit kosten Zeit, die für die eigentliche Verkehrslenkung im Sinne der Verkehrsbeschleunigung und intelligenten Verkehrsführung zur Verfügung stehen könnte. Wir wollen aufgabenkritisch Neuvorschläge von Zuständigkeiten umsetzen und wenn notwendig auch bestehende Landesregelungen mit dem Ziel effizienterer Abläufe anpassen.

Zusammenarbeit mit den Bezirken.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist aufgerufen, im Einvernehmen mit den Bezirken und den Bezirksämtern zu definieren, wer welche Aufgabe übernehmen kann, um Abläufe zu strukturieren und Entscheidungen wie Verkehrsanordnungen zügiger treffen zu können.

Bestandsaufnahme, im Anschluss Umsetzung.

Der Zustand der Straßen ist detailliert zu erfassen und zu bewerten. So können Handlungsfelder definiert werden.

Verkehrslenkung 2.0.

Über die Ampeln wäre eine gesamtstädtische Vernetzung möglich, die zu verkehrsabhängig gesteuerten Ampelschaltungen und damit Verkehrsflüssen führen kann. Die Digitalisierung kann intelligente Alternativroutensteuerungen (dynamische Wegweisung) für ausgewählte Gebiete bzw. Strecken bei Überlastungen oder Störungen implementieren.

Digitalisierung gut für den ÖPNV.

Die mangelhaften Ampelschaltungen führen momentan nicht nur zu unnötig viel Fahrzeit, sondern kosten der BVG Millionen und schädigen die Umwelt.

Grüne Wellen statt roter Wellen.

Auf den Magistralen Berlins soll gelten: Die Reifen sollen rollen, alle Ampeln auf Grün („grüne Welle“) statt Stopp & Go und Dauerstau.

Schilderwald lichten.

Die vielen Straßenschilder führen zu mehr Unübersichtlichkeit und Verwirrung bei den Verkehrsteilnehmern. Nach einer Verkehrsschau sollen überflüssige Schilder abgebaut werden.

Schlaglöcher stopfen.

Die Finanz- und Verkehrsverwaltung sind aufgefordert, endlich für einen vollständigen Mittelabfluss und damit sinnhafte Schlaglochanierungen im Jahr 2015 Sorge zu tragen.

Erst anfragen – dann aufreißen.

Bauanträge gewinnen durch die engere Verzahnung der Verkehrslenkung mit den Antragstellern an Qualität, Entscheidungen können schneller getroffen werden.

Bauen mit Bonus.

Schnelles Bauen auch durch Nachtbaustellen ermöglichen. Wenn es schneller geht als vereinbart, soll es regelmäßig Bonus-Zahlungen geben.

In Sicherheit und Ordnung leben.

Eine saubere Stadt erhöht die Lebensqualität. Straßen, Plätze und Grünanlagen sollen sauber und intakt sein. Ordnung und Sauberkeit geht jeden etwas an. Der zuständige Senator für Stadtentwicklung und Umwelt muss alle Akteure zusammenführen und einen (!) gemeinsamen (!) Aktionsplan ausarbeiten, wie die Reinigung und Pflege öffentlicher Infrastruktur verbessert werden kann. Dieser Plan soll noch im Sommer 2015 Wirkung entfalten.

Gepflegtes Straßengrün.

Weniger relevant ist aus Bürgerblick, welche öffentliche Institution auf Bezirks- oder Landesebene diese Aufgabe übernimmt. Die Schnittstellen der Zuständigkeiten zwischen BSR und bezirklichen Grünflächenämtern müssen dabei neu, klar und einfach geregelt werden.

Grünflächenämter in den Bezirken.

Die vom Senat zugewiesenen Gelder für Grünflächenpflege in den Bezirken sind auch dort verbindlich einzusetzen und auf den nachgewiesenen Bedarf zu erhöhen sowie die Übernahme von ausgebildeten Gärtnern und Neueinstellungen vom Senat zuzulassen, wenn die Bezirke dies finanzieren können.

Bußgelder für Schmutzfinken.

Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir personell in die Lage versetzen und so ausstatten, dass Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Sauberkeit wirksam geahndet werden können.

Öffentliche Eigentümer als Vorbild.

Graffiti, illegale Plakate und zerbrochene Scheiben an städtischen Gebäuden (einschließlich landeseigener Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften) sollen nach Möglichkeit binnen 24 Stunden beseitigt werden.

Verantwortung in Mitverantwortung.

Großen Respekt vor dem vielfältigen bürgerschaftlichen Engagement verschiedenster Initiativen, die sich in Mitverantwortung engagiert für ein höheres gesellschaftliches Bewusstsein für mehr Sauberkeit in der Stadt kümmern.

Service in the City finanzieren.

Die CDU-Fraktion Berlin erwartet von der Stadtentwicklungsverwaltung die auskömmliche Finanzierung des Projektes im anstehenden Haushaltsplanentwurf.

Ich bin Pate.

Bestehende bezirkliche Patenschafts-Initiativen für Stadtbäume und öffentliche Grünflächen werden stärker unterstützt und entbürokratisiert.

Schmutz-App und Internet-Plattform.

Alte Ärgernisse können auch mit neuerer Technik begegnet werden. Das unterstützt die Verwaltung und sorgt für zusätzliche Transparenz.

Eimer ist immer für Sie da.

Moderne Müllentsorgungsanlagen, Unterflurbehälter und mehr Leerungen sorgen bei Mülleimern (und um sie herum) für mehr Sauberkeit.

Altglas-Sammelstellen – sauber und im Holsystem.

Die haushaltsnahe Entsorgung soll beibehalten werden und ist zu stärken. Sie hat sich bewährt, wirkt der Vermüllung von sogenannten Iglu-Standorten entgegen und fördert die Verwertungsquote.

Kleidersammelboxen – legal statt illegal.

Die ehrlichen Sammler wollen wir aus dem Zwielicht herausholen und öffentliche Orte zur Sammlung schaffen. Illegale Container sind kurzfristig aus dem Stadtbild zu entfernen. Ein Verbot der Sammlung auf öffentlichem Straßenland wie auf Privatgelände analog zum wilden Plakatieren ist auszusprechen.

Und zum Schluss noch ein paar Anmerkungen von Fachleuten:

Funktionierendes Berlin: Anforderungen der Wirtschaft am Beispiel von Verkehrslenkung und Baustellenkoordination

Dazu sagt Markus Voigt, Präsident des Verbandes Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI):

„Das Konzept der CDU-Fraktion ‚Schulden abbauen und investieren‘ ist richtig. Denn gerade beim Thema Infrastruktur stehen wir vor einem wahren Dilemma: Der Investitionsstau aus den vergangenen Jahrzehnten in Berlin ist riesig. Die wachsende Stadt Berlin stellt uns vor große Herausforderungen. Die Verkehrslenkung sowie Baustellenkoordination ist in unserer Stadt schlecht geführt und auf Dauer nicht hinnehmbar. Der Verkehrsfluss, beispielsweise un-

terstützt durch eine ‚grüne Welle‘, also eine abgestimmte Ampelschaltung, ist dringend verbesserungsbedürftig. Bei diesen Punkten sehen wir vor allem die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in der Verantwortung und hier einen erheblichen Nachholbedarf.“

Funktionierendes Berlin: Berlin ist einfach sauberhaft!

Burkhard Kieker, Geschäftsführer der Berlin Tourismus & Kongress GmbH – visitBerlin, sagt:

„Berlin ist Anziehungspunkt für die Welt geworden: Unsere Besucher- und Übernachtungszahlen steigen seit Jahren sprunghaft. Dieser enorme Zuwachs bringt zugleich Herausforderungen. Das Maßnahmenpaket der CDU-Fraktion zur Funktionsfähigkeit Berlins weist richtige und wichtige Punkte aus: Service, Ordnung und Sauberkeit sind die Grundlage für eine funktionierende und einladende Stadt. Wenn alle Behörden, von den Grünflächenämtern über die BSR bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern ein Auge auf ihre Kieze haben, können wir die Stadt ein Stück weit lebenswerter machen. Getreu unserem Motto: Berlin – einfach sauberhaft!“

Funktionierendes Berlin: Schnelle Verwaltung, guter Service

Dazu erklärt Dr. Markus Klimmer, Senior Partner und Managing Director der Accenture GmbH

„Die CDU-Fraktion beschreitet den richtigen Weg, sich Gedanken über die Digitalisierung der Verwaltung zu machen und Handlungsvorschläge zu unterbreiten. Die Berliner Verwaltung braucht die besten Fachkräfte der Digitalisierung und eine entsprechende Führungs- und Unternehmenskultur. Nicht nur, aber auch bei den Bürgerämtern besteht ein hohes Entwicklungspotential – und die Chance, durch eine technologische Offensive Bürger und Mitarbeiter effektiv zu unterstützen.“